



Niederschrift

10. Plenarsitzung des Gemeinderates
27. Mai 2025, 15:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus am Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

Punkt 23 der Tagesordnung: Satzung für Radunterstände für nur besonders relevante Gebiete Antrag: GRÜNE
Vorlage: 2024/1385

Beschluss:

Einverstanden mit der Stellungnahme der Verwaltung

Abstimmungsergebnis:

Keine Abstimmung

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 23 zur Behandlung auf und verweist auf die erfolgte Vorberatung im Planungsausschuss am 20. März 2025.

Stadtrat Klinkhardt (GRÜNE): Worum geht es in unserem Antrag? Es geht dabei darum, dass sich mit E-Bikes, Lastenrädern oder Rädern mit Kinderanhänger die Anforderungen an Fahrradunterbringung im Sinne von Wetterschutz, Diebstahlschutz und ebenerdigen Zugang in den letzten Jahren geändert haben. Ältere Bebauungspläne in Kombination mit vor vielen Jahren errichteten Gebäuden lassen jedoch oftmals keine geeigneten Abstellmöglichkeiten zu. Der Bedarf aus der Bevölkerung besteht weiterhin. Nur weil sich aktuell niemand neu beschwert, heißt es nicht, dass der Bedarf nicht mehr da ist.

Das Thema beschäftigt uns bereits seit 2020. Damals hatte der Gemeinderat beschlossen, dass eine stadtweite Lösung über eine Satzung erarbeitet werden soll, damit trotz der alten Bebauungspläne Fahrradunterstände beispielsweise in Gärten in Unterständen ermöglicht werden. Im Vorgriff auf diese Satzung sollten auch Ausnahmen möglich werden. Inzwischen wissen wir jedoch, dass diese Satzung in absehbarer Zeit so nicht verabschiedet werden wird, da sie zu aufwendig gedacht ist. Und aufgrund der fehlenden Fortschritte im Verfahren sind auch keine auf ihr basierenden Ausnahmen möglich. Deshalb unser Vorschlag mit dem vorliegenden Antrag, eine gezielte Lösung für ausgewählte Gebiete, die besonders betroffen sind. Unser Anliegen war es dabei stets, und ist es auch hier, unnötigen bürokratischen Aufwand zu vermeiden und pragmatische Lösungen zu ermöglichen. Bei uns entsteht der Eindruck, dass sowohl der Ansatz von 2020 als auch jetzt in der Stellungnahme auf den aktuellen Antrag zu kompliziert gedacht wird, um das eigentliche Ziel zu erreichen. Wir wollen auf keinen Fall, dass jeder einzelne B-Plan mit einzelnen Zusätzen

ergänzt wird, da dieser Aufwand tatsächlich nicht zielführend ist. Stattdessen sollten pragmatische Ausnahmen möglich werden, an Stellen, wo sie es heute nicht sind. Auch hierfür kommen wir mit der aktuellen Rechtslage aber wohl nicht ohne eine Satzung aus, aber vielleicht eine deutlich einfachere als die, die bis jetzt diskutiert wird. Nach der Vorberatung des aktuellen Antrags im Planungsausschuss wurde im Rahmen der Stellungnahme zur ebenfalls beantragten Grünsatzung von der Verwaltung festgestellt, dass das Ziel bleiben soll, dass entsprechend Fahrradunterstände möglich werden und dass das Thema weiter geprüft wird. Auch fanden in den letzten Wochen noch weitere Gespräche statt. Das sehen wir jetzt zunächst positiv und bleiben gespannt auf die weiteren Schritte. Den bestehenden Austausch wollen wir fortsetzen und hoffen noch auf eine leichtere Lösung als die, die bisher in den Stellungnahmen vorgeschlagen wurden. Unser Ziel bleibt eine zeitnahe, praktikable Lösung mit möglichst geringem Aufwand.

Stadtrat Pfannkuch (CDU): Herr Kollege Klinkhardt, so ganz habe ich nicht nachvollzogen, was Sie nun mit Ihrem Antrag wirklich im Moment noch bezwecken. Sie haben die Hoffnung, dass die Verwaltung weiter mit Ihnen im Gespräch weitere Entwicklungen ermöglicht. Das ist ja gut, dass Sie da einen besonderen Draht haben und die Hoffnung nicht aufgeben, aber wir müssen doch heute mit dem Antrag in irgendeiner Weise umgehen. Und wenn Sie mir sagen, dass Sie ihn im Moment als erledigt ansehen, dann werde ich meine Rede ein paar Minuten kürzer durchführen, aber das haben Sie ja nicht geäußert.

Also im Großen und Ganzen will ich einmal so sagen, ohne aus Nichtöffentlichkeit zu plaudern, ist es wohl hier eine Bekanntheit, eine allseits vorliegende Bekanntheit, dass wir über Priorisierung von Bebauungsplanbearbeitung diskutieren. Und wir haben ein Riesensproblem, weil wir alle sehr, sehr ungeduldig sind und viele Projekte nicht nachvollzogen werden können, weil sie nicht durch den Flaschenhals passen. Und von daher ist es wirklich weit ab, wenn Sie jetzt heute eine Sache in einen Fokus stellen, der sehr, sehr viel Arbeit benötigt. Und da will ich auch gar nicht jetzt die Vorlage der Verwaltung, die wir als CDU uneingeschränkt nachvollziehen, wiederholen. Man muss alle Bebauungspläne in die Hand nehmen, und man muss sich mit dem, den man dann als angeblich priorisiert herausgefiltert hat, nach welchen Kriterien auch immer, mit dem muss man sich befassen. Und da sage ich Ihnen, liebe GRÜNE, da sehen wir als CDU erheblich vorrangigere Tätigkeiten bei der Verwaltung als dieses Thema. Jedenfalls müssen wir auch ein bisschen Acht geben, dass wir die Verwaltung entschlacken. Wir sehen doch, dass es nicht weniger wird. Wir müssen doch Dinge rausnehmen und diese Regelungswut, dass Sie in jeder, auch in priorisierten Gebieten, jetzt noch alles detailliert parzellenscharf abregeln wollen, das halten wir nicht für richtig. Die CDU ist immer noch für Freiheit und Verantwortung. Wir brauchen diese Idee nicht.

Stadtrat Dr. Fechler (SPD): Entgegen meines Vorredners von der CDU können wir als SPD die Idee, die Intention hinter dem Antrag sehr gut nachvollziehen und begrüßen grundsätzlich eine Diskussion über die Thematik. Was die Umsetzbarkeit angeht, da bin ich jetzt wiederum beim Kollegen von der CDU. Wir haben ein Problem, was kapazitativ ist, und wir müssen am Ende des Tages priorisieren, egal in welcher Richtung. Und aus der Perspektive der SPD-Fraktion hat trotz der guten Idee diese Thematik nicht die entsprechende Priorität. Und selbst wenn wir in besonders betroffenen – betroffen ist ja auch immer ein subjektives Erleben – Gebieten, die Bebauungspläne anfassen, ist es trotz allem mit einem gewissen Aufwand verbunden. Und solange der Rechtsrahmen so ist, wie er ist, wir haben es kontrovers im Planungsausschuss auch diskutiert, ist es eben so, wie es ist, und die schnelle

Lösung ist nicht möglich. Wir sind sozusagen zu allen Schandtaten bereit, wenn es den Rechtsrahmen gibt, in dem wir entsprechend agieren und handeln können. Aber momentan ist es so, wie es ist. Wir sehen die Prioritäten an anderer Stelle und vertrauen da auch ein bisschen auf die Eigenverantwortung der Betroffenen. Natürlich ist es so, dass ich mein Fahrrad entsprechend sicher unterstellen will. Aber da kommen wir auch in eine Diskussion mit Autos. Also letztendlich gibt es eine Eigenverantwortlichkeit, und jeder muss, wenn er sich ein entsprechendes Gefährt anschafft, auch letztendlich dafür sorgen, dass er es auch unterstellen kann oder eben auch nicht. In diesem Sinne sehen wir aus unserer Perspektive den Antrag erst einmal als erledigt an und warten die weitere Diskussion ab.

Stadtrat Dr. Lenz (AfD): Die Bebauungspläne der Stadt Karlsruhe lassen eine Überdachung der Vorgärten in der Regel nicht zu. Über Sinn und Unsinn dieser Regelung kann man natürlich diskutieren. Wir von der Fraktion der AfD sehen die Nichtüberdachung als sinnvoll an, dadurch grüne Inseln in der Stadt möglich sind, Regenwasser versickern kann und das Mikroklima günstiger gestaltet wird. Jeder Pflanzenwuchs in der Stadt, insbesondere in den bekannten Karlsruher Sommern, ist willkommen. Der Antrag gibt die Reduktion von CO₂ vor, dient aber im Wesentlichen nur der Bequemlichkeit der Fahrradbenutzer. Jetzt lassen Sie mich einen kurzen Ausflug zum CO₂ machen. CO₂ ist die einzige Kohlenstoffquelle, die die Pflanzen für die Photosynthese zur Verfügung haben. Der Kohlenstoff, der zur Synthese von Zuckerstärke Zellulose als Gerüst erforderlich ist, wird durch die Aufnahme von CO₂ erhalten. Das war ja die CO₂-Reduzierung, die da mitschwang. Laut der einschlägigen Literatur liegt der Partialdruck von CO₂ auf der Erde bei ca. 400 bis 500 ppm, je nach Informationsquelle, die sind da nicht ganz eindeutig. Bei der Reduktion von ca. 200 ppm stellen die Pflanzen nachweislich diese Photosynthese ein. Der Beitrag der Bundesrepublik zur CO₂-Erzeugung in der Welt liegt gerundet bei 2 Prozent. Der von Karlsruhe liegt mit Sicherheit, auch dank der ubiquitären grünen Anstrengungen, weit darunter. Für diese geringe Reduzierung die Bebauungspläne zu ändern mit entsprechender Belastung der Verwaltungen, erschließt sich unserer Fraktion nicht. Für uns legt im Gegenteil die Verwaltung schlüssig dar, warum eine Änderung, zumal für einen solch geringen Effekt, nicht zielführend ist. Ich darf zitieren, in der jüngeren Vergangenheit hat dabei der Wunsch nach mehr Vegetationsflächen mit einer entsprechenden Bepflanzung dazu geführt, die eher restriktiven Regelungen zu Nebenanlagen, insbesondere in der Vorgartenzone, beizubehalten. Schönes Amtsdeutsch, aber im Ergebnis sehen wir das auch so.

Stadträtin Lorenz (FW): Auch wir können die Intention der GRÜNEN-Fraktion nachvollziehen. Viele Leute kaufen sich heute teurere Fahrräder, hochwertige, und man möchte die natürlich gesichert wissen. Aber auf der anderen Seite konterkarieren Sie damit, mit diesem Antrag, ja auch zwei Ihrer sonstigen Ziele, sage ich jetzt mal. Das können wir nicht ganz nachvollziehen. Es wurde schon öfters genannt, also rund 900 Bebauungspläne müssen in die Hand genommen und geändert werden. Das führt zu einer großen Verzögerung und Personalressourcenbindung. Letztlich haben wir uns gerade erst wieder in einer Sitzung bekannt, was wir doch eigentlich wollen, ist doch Bauen, und zwar Wohnraum. Um das geht es uns doch vordergründig. Es fehlen uns Wohnungen. Da wollen wir doch unsere ganze Kraft und unsere Aufmerksamkeit und die Zeit und die Personalressourcen hineinsetzen. Und zum anderen, liebe Kollegen von den GRÜNEN, ist es doch so, dass wir alle diese grünen Oasen im Vorgarten wollen, und den Bürgern vor kurzem, ist noch gar nicht so lange her, lieber Kollege von Volt, bevor Sie jetzt gleich wieder auf meinen Redebeitrag eingehen, da waren Sie auch noch nicht im Rat, das können Sie dann sagen, haben wir zum Bürger gesagt: „Lieber Bürger, du darfst in Zukunft keinen Schotter mehr in deinem

Vorgarten haben. Mach den bitte weg und pflanze was Grünes hin, weil wir wollen was für das Klima tun.“ Und diesem Bürger, wir haben sogar jemanden eingestellt, der das kontrolliert und Sie können es sich vorstellen, wenn man da einen Brief kriegt oder einer vorbeikommt und schaut, dass die Bürger da nicht sehr erfreut sind, weil die haben ja einen Grund, warum sie den Schotter in ihren Vorgarten gemacht haben, Zähne knirschend haben sie es akzeptiert und haben gesagt, okay, mein Beitrag zum Klima. Und jetzt kommen wir und sagen, so, aber mittlerweile sind sie ja zurückgerudert, nur noch das eine oder andere Gebiet oder sogar nur noch das eine oder andere Grundstück, darf da jetzt eine Fahrradgarage in den Vorgarten stellen. Das muss man sich mal auch mal überlegen, wie das draußen an der Bürgerschaft ankommt. Also rein in den Klimaschutz, raus aus dem Klimaschutz, versiegeln, nicht versiegeln, Wohnungen bauen oder doch lieber Bebauungspläne für Fahrradunterstände prüfen. Man müsste mal bei einer Zielrichtung vielleicht bleiben. Wir werden den Antrag leider ablehnen.

Stadtrat Gaukel (Volt): Vielen Dank, Frau Lorenz. Es ist ja schön, dass wir uns so gegenüber sitzen. Auch erstmal, ich bin sehr froh, jetzt zum zweiten Mal schon, dass Sie noch mal vor mir reden, weil der Redebeitrag davor wäre schwierig gewesen. Da hätte ich mich erst mal sammeln müssen. Ja, Schottergärten, da waren wir nicht in diesem Rat, Sie aber auch nicht im relevanten Rat. Das war tatsächlich eine Entscheidung auf Baden-Württemberg-Ebene. Vielleicht das noch einmal hier reingeworfen. Dass Sie das Thema aufgebracht haben, würde ich da trotzdem sagen, ich glaube, es ist schon ein massiver Unterschied, ob man verbietet, dass der gesamte Garten oder Vorgarten nur noch aus Steinen besteht, und zu sagen, in diese grüne Oase, die vor dem Haus ist, da wollen wir auch eine Möglichkeit schaffen, dass dort ein Fahrrad stehen darf auf einer kleinen Fläche. Vor allem das, und das wäre ja auch der Vorschlag für diese relevanten Gebiete, wo zum Beispiel Stellplätze für Autos erlaubt sind. Also da geht es ja auch zum Beispiel, hey, da darf ein Auto stehen, lass doch eine kleinere Fläche für ein Fahrrad da hinstellen. Also von daher das vielleicht zum Allgemeinen.

Ich finde den Aufschlag sehr gut. Ich würde mir auch wünschen, dass wir da hinkommen können, kann aber leider dann doch auch die Einwände der Verwaltung... oder ja, bei der Darlegung der Verwaltung habe ich dann selber doch auch die Einwände, was diese Prioritäten unserer Planungsressourcen angeht. Da haben wir viele größere Themen. Wir müssen Radwege bauen, wir müssen auch in der Stadt mehr Grün machen, Parkplätze in Baumplätze verwandeln. Also da sind wir uns ja alle einig. Da gehe ich mit Ihnen mit, dass wir das priorisieren sollten, um zu entsiegeln, in der Innenstadt vor allem. Wobei man da ja auch sagen muss, an den Randgebieten, da haben wir in der Regel dann doch ganz gute grüne Sachen. Womit ich aber tatsächlich ein bisschen weniger mitgehe oder das eher mal hinterfragen würde, ob dieses händische, dieses in die Hand nehmen dieser ganzen einzelnen Bebauungspläne denn sein muss, dass man es mit Hand macht. Also da wäre gerade das Thema Digitalisierung, IT, da ist so viel möglich, gerade auch in der Vorqualifizierung, dass wir da Wege finden, das effizienter zu machen. Das wäre auch was, was wir da gerne noch einmal auch aufbereiten würden und dann nochmal nachverfolgen würden, wie können wir es denn schaffen, dass auch der Umgang mit diesen Bebauungsplänen einfacher ist. Da gibt es schon Lösungen, Möglichkeiten, und da schauen wir auch gerne, da sind die GRÜNEN sicher auch dabei, vielleicht können wir da Ihnen dann auch in der Zukunft noch ein bisschen helfen, um Sie zu entlasten, damit wir dann am Ende unsere Stadt der Zukunft auch planen können. Aber von daher würden wir auch den Antrag erst einmal als erledigt betrachten.

Stadtrat Haug (KAL): Die Zulässigkeit von Fahrradabstellanlagen ist ein wichtiger Punkt zur Förderung des Radverkehrs. Aufgrund der sich ständig vergrößerten Fahrradnutzung besteht ein Bedarf an ebenerdig überdachten Fahrradabstellanlagen. Das ist vor dem Hintergrund der Wertigkeit der heutigen Räder nachvollziehbar und berechtigt. Deshalb hat der Planungsausschuss auch im September 2020 einen entsprechenden Beschluss zu einem entsprechenden Bebauungsplan gefasst. Wir können aber vor den Argumenten der Stadtverwaltung nicht die Augen verschließen. Die personellen Ressourcen sind begrenzt. Die Bearbeitung der Bebauungspläne nimmt ohnehin schon viel Zeit in Anspruch. Eine prioritäre Bearbeitung dieses Bebauungsplanes wäre nur auf Kosten eines anderen Bebauungsplanes möglich. Wir folgen deshalb der Empfehlung der Stadtverwaltung. Da wir aber grundsätzlich den Erhalt der bestehenden Fahrradabstellanlagen unterstützen und auch neuen Anlagen positiv gegenüberstehen, regen wir an, in diesen Fällen entsprechend der geübten Praxis der Verwaltung, zum Beispiel bei der Gehwegreinigung zu verfahren. Sie haben im März 2025 zu dem Thema geantwortet, Zitat, in der gelebten Praxis fordert die Verwaltung, insbesondere im Bereich von Wohngebieten, die Anleger*innen erst nach sorgfältiger Abwägung auf, Grünbewuchs zu entfernen, Zitat Ende. Wenn Sie diesen von Ihrem praktizierten pragmatischen Ansatz mit Augenmaß auf die Fahrradabstellanlagen übertragen, wären allen Seiten gedient. Der Bedarf an Abstellanlagen könnte gedeckt werden, und wir können so die Zeit überbrücken, bis die Umsetzung des Beschlusses zur Erstellung der Satzung möglich wäre. Darüber hinaus wäre die Person, die sich derzeit mit dem Rückbau der Anlagen beschäftigt, entlastet.

Der Vorsitzende: Vielen Dank, das waren alle Wortmeldungen. Herr Stadtrat Klinkhardt, ich hatte Sie so verstanden, dass Sie weiter von einer wohlwollenden gemeinsamen Diskussion über gute Lösungen ausgehen, und dass wir deswegen den Antrag jetzt nicht hier zur Abstimmung stellen. Okay, alle nicken.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
12. Juni 2025